

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: B 1 Berlin 5481, Tel.-Adr.: Rottfahne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlag GmbH, Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: Anzeigen-Expedition für die Arbeiterpresse G. m. b. H., Berlin SW 68, Hedemannstr. 23 I. Sammelnummer: Bergmann 7338. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Wagnispreis in Berlin u. Orten mit ein. Anstaltung: pro Woche 60 P., pro Monat 2.60 M. einzelt. Erträglich. Postbezug pro Monat 2.60 M. nebst Postnachschub im Ausland 4.20 M., im Ausland 4.50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12zeil. Millimeterzeile 35 P.; die 6zeil. Zert. Millimeterzeile 2.50 M. Arbeiterorgan. u. Kammerorg.: Millimeter 20 P.; kleine Anz.: Zertwort 20 P., Ueberdrucksatz 30 P., Arbeitsmarkt: Wort 5 P.

Teuerungsfeldzug!

Schleichers neue Notverordnung — Er verteuert die wichtigsten Lebensmittel SPD. agitiert für „sozialen“ General — Er kämpft höhere Löhne und Unterstützung!

Der „soziale“ General Schleicher hat gestern mit Hindenburg zusammen eine neue Notverordnung auf Grund des Diktaturartikels 48 erlassen, die sich ausschließlich gegen die ärmsten Millionen richtet. Durch diese Notverordnung wird die Reichsregierung ermächtigt, die z w a n g s w e i s e B e m i s c h u n g v o n B u t t e r bei der Herstellung von Margarine anzuordnen. Durch die gleiche Verordnung wird das M a i s m o n o p o l a u f M e i s u n d M e i s a b f ä l l e e r w e i t e r t, um so ausländische Futtermittel von der Einfuhr fernzuhalten und die Preise in Deutschland für diese Produkte willkürlich in die Höhe zu treiben.

Die Reichsregierung hat es also wirklich gewagt, den Bemischungszwang für die Margarine durchzuführen mit dem schon jetzt klar vorauszu sehenden Resultat der Margarineverleuerung. Zwar heißt es in der amtlichen Mitteilung über die Notverordnung, „daß die Butterbeimischung keinen Einfluß auf den Margarinepreis haben wird“. Aber selbst so regierungsfreundliche Blätter, wie etwa das „Tempo“ und der christliche „Deutsche“, erklären, dieser Zusicherung „keptisch“ gegenüber zu stehen. Tatsächlich wird, wenn diese Notverordnung Wirklichkeit wird, die Margarine schon binnen kürzester Frist erheblich im Preise steigen.

Das alles geschieht unter dem Motto der Hilfe für den Bauern, des „Schutzes der Stielungswirtschaft“. Indem man aber gleichzeitig den für die Kleinbäuerliche Viehwirtschaft entscheidenden Rohstoff, nämlich die Meisabfälle, nicht mehr nach Deutschland hineinläßt, ihn also verteuert, wird ein Schlag gegen die Kleinbauern geführt, deren wichtigstes Futtermittel unerlöschlich wird.

So stellt sich die neue Notverordnung als ein weiterer Baustein für die Zwangsburg der Artikel-48-Diktatur gegen die arbeitenden Massen dar. Niemandem wird hier geholfen als den Großagrariern, den Junkern, die in dem letzten Halbjahr schon mehrere Milliarden Mark an Subventionen erhielten und die jetzt mit 30 Millionen Pfund ranziger Butter noch ein blendendes Geschäft machen sollen.

Der Bemischungszwang für die Margarine, dessen Folgen die Reichsregierung ja nicht irren, ist um so ungeheurer, als gleichzeitig für Schweinefleisch eine Einfuhrbeschränkung erlassen wurde, die zwangsläufig eine starke Preissteigerung für Schmalz zur Folge haben wird. Ab Mitte Februar wird diese Einfuhrbeschränkung abgelöst werden durch eine Erhöhung der Zölle für Schmalz, und so werden wir erleben, wie dieses neben der Margarine von den breiten Schichten der Armen am meisten konsumierte Fett mit der Margarine um die Wette im Preise klettern wird. Gleichzeitig laufen eine Reihe Handelsabkommen ab, womit automatisch erhöhte Zölle in Kraft treten.

Welche Folgen das haben muß, liegt ja auf der Hand. Selbst ein Rotte-Blatt schreibt gestern über die kommenden Maßnahmen:

„Schon jetzt werden wir auf die starken und umfangreichen Zollerhöhungen nach dem Wegfall verschiedener Zollbedingungen zu Beginn des neuen Jahres keineswegs schonend, sondern mit derber Offenheit vorbereitet. Wir müssen also erwarten, daß nicht nur die Margarine, sondern auch eine lange Liste anderer Waren im Jahre 1933 verschlechtert und verteuert werden wird.“

Fleischverbrauch um 27 Prozent zurückgegangen

Das arbeitende Volk geht bei dieser Politik vor die Hunde. Amtliche Statistiken teilen mit, daß der Fleischverbrauch, der noch im letzten Vierteljahr 1931 14,2 Kilogramm pro Einwohner betrug, im letzten Vierteljahr 1932 auf 10,5 Kilogramm, also um 27 Prozent, um mehr als ein Viertel zurückgegangen ist.

So steht das Resultat der Zollpolitik aus, die im Reichstag von den nationalsozialistischen und sozialdemokratischen Abgeordneten gestützt und gebilligt worden ist. Wenn jetzt der Kanzlergeneral die Wünsche der unerfährlichen Junker in so hohem Maße befriedigen kann, wenn er es wagen darf, dem Volk neue Stoßschläge auf den Magen zu verabsolgen, so verdankt er die Möglichkeit zur gestrigen Notverordnung nur der Tolerierung der Nazis und der Sozialdemokratie. Ja, auch der Sozialdemokratie, deren Korruptions-Heilmann im Leitartikel des „Freien Wort“ vom 25. Dezember offen erklärt:

„Wir verlangen und erwarten weder von Herrn v. Hindenburg, noch von Herrn Schleicher Genugtuung und Wiedergutmachung für den 20. Juli. ... Wir bedürfen keiner

Scheringer in Dunkelarrest!

Gefängnisterror in Bielefeld gegen die Genossen Scheringer und Kollwitz

Bielefeld, 28. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Erst jetzt wird bekannt, daß die Bielefelder Festungsverwaltung in den Tagen der Amnestie, kurz vor Weihnachten einen besonders aufreizenden Handstreich gegen den Genossen Richard Scheringer und den Genossen Hans Kollwitz verübt hat.

Am Freitag wurde dem Genossen Scheringer von dem Vorsteher der Festungsverwaltung eröffnet, daß der Oberreichsanwalt sich gegen seine Amnestierung ausspreche. Genosse Scheringer ersuchte darauf, telefonisch einen Urlaubstag für Weihnachten einzureichen, da seine Mutter schwer krank daniederliege und insofern

des Amnestiegesetzes jetzt damit gerechnet hat, ihren Sohn zu sehen. Dieses Ersuchen wurde vom Vorsteher brüskt abgelehnt. Als Genosse Scheringer trotzdem darauf bestand, wurde er in Arrest geschleppt. Der Genosse Kollwitz, der gleichfalls um die Amnestie betrogen werden soll, schloß sich dem Protest an und wurde ebenfalls in den Arrestkeller gebracht.

Die Arrestzellen wurden mit Matten vollständig verdunkelt, so daß Scheringer und Kollwitz auf engstem Raum und in strengster Dunkelheit gehalten wurden. Erst durch Vermittlung des Arztes wurden sie wieder in ihre Zellen zurückgebracht.

„Rotmord“ als Nazibluttat entlarvt

Die braunen Mörder entflohen

Zu der von der gesamten Nazipresse als „Rotmord“ aufgemachten Nazibluttat am Weihnachtsabend in Vortrop wird uns aus Essen gemeldet:

Der erschossene Arbeiter Vincenz Scjottot war nicht Mitglied der NSDAP, sondern Mitglied des Einheitsverbandes der Bergarbeiter. Dagegen sympathisieren die Brüder seiner Frau und seine Frau selbst mit der NSDAP. Zu diesen Brüdern gehört auch Hermann Kondura, der Mitglied der SA ist und bei der bekannten Schießerei am 18. Juni zwei Schüsse auf Arbeiter abgegeben hatte. Deswegen sah er in Haft und wurde jetzt amnestiert.

In der Familie des Arbeiters Scjottot kam es infolge der verschiedenartigen politischen Einstellung mehrfach zu schweren Differenzen. Der SA-Mann Kondura, der als Schläger und Schießheld in Vortrop bekannt ist, bedrohte S. mehrmals mit der Rache der SA. Schon vor mehreren Wochen wurde Scjottot bedroht mit den Worten, er solle sich vorziehen, ihm passiere noch etwas.

Am Abend der Tat kam es in der Familie erneut zu Streitigkeiten, so daß ein Bruder der Frau Scjottot den Raum schon vorzeitig verließ. Kurz bevor Scjottot durch Klopfzeichen aus der Wohnung gerufen und an der Haustür niedergeknallt wurde, verließ Hermann Kondura den Raum. Gleich danach wurde die Tat verübt. Vier Arbeiter können bezeugen, daß die Frau des Ermordeten ausrief: „Hermann (Kondura) hat meinen Mann erschossen!“

Die Kriminalpolizei verhaftete bekanntlich zwei der kommunistischen Partei angehörende Arbeiter. Beide mußten wieder freigelassen werden, da sie einwandfrei ihr Alibi nachweisen konnten.

Wenn an der Mordschuld des SA-Mannes Kondura noch Zweifel bestanden, so sind sie durch sein Verhalten jetzt widerlegt worden. Seit zwei Tagen ist er nämlich mit einem anderen SA-Mann namens Schloßfart aus Vortrop geflüchtet. Die Kriminalpolizei konnte ihn bis zur Stunde nicht erreichen. Damit hat er selbst seine Schuld eingestanden. (Stehet auch im Blatt.)

überspitzten, überhitzten Kritik an seinen (Schleichers) einzelnen Handlungen und Entscheidungen... Auf sozialem Gebiet hat er alles unterlassen, was als Provokation der Arbeiterklasse gedeutet werden könne.“

Die politische Notverordnung, die die Kommunistenhasse strafgeheilig legalisiert — keine Provokation! Das Zoll- und Einfuhrbeschränkungsbuskett — keine Provokation!

Eine Provokation ist, was dieser Heilmann da schreibt. Es deutet sich inhaltlich und dem Sinne nach vollständig mit den berüchtigten Erklärungen des Leipart und denen Körpels, die mir an anderer Stelle wiedergeben.

Dieser Kurs der Tolerierung Schleichers muß um jeden Preis liquidiert werden. Selbsttäuschung ist jede Hoffnung auf eine „Umkehr“ der Leipart und Wels oder der Hitler und Goebbels. Die stehen mit beiden Beinen fest im kapitalistischen Lager und auf dem Boden der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Nein, der Widerstand kann nur von einer Richtung kommen: von unten! Will die herrschende Klasse das Volk zum Aussterben bringen, so sind die arbeitenden Massen in den Zustand der Not zu versetzen. Sie kann nur dann zum Erfolg führen, sie wird bekämpft dann liegen, wenn die Einheitsfront des werktätigen Volkes sich zusammenschließt. Jene proletarische Einheitsfront, die bei den kommenden Betriebsräte wahlen den Sieg der Einheitslisten über die sozialdemokratisch-nationalsozialistischen Stützen der Schleicherdiktatur davontragen muß. Jene Einheitsfront, die ihre unparlamentarische Macht für die kommunistischen Reichstagsanträge gegen den Zoll- und Margarine wucher und für die Erhöhung der Unterstützungen einsetzt wird. Jene Einheitsfront, deren Donnerstimme den Herren in der Wilhelmstraße in die Ohren dröhnt:

Wir fordern die Öffnung der Getreidepeicher, der Kartoffelmieten, der Kohlenhäfen — ihr Herren antwortet mit der Vertecuerung unseres letzten Nahrungsmittelerlasses! Nun, so werden wir unseren Kampf verzeugsachen — um die Rückeroberung der alten Löhne, um höhere Unterstützungen und gegen eine Regierung, deren Faust uns noch die letzten Lebensmittel vom Tisch fesselt!

Zollpolitik vergrößert Arbeitslosenheer

Jeder zehnte deutsche Arbeiter in der Schweiz auf die Straße?

Als Gegenmaßnahme gegen die Zollpolitik der Schleicher-Regierung haben die Schweizer Behörden zunächst des Kantons Thurgau dem zehnten Teil der in der Schweiz beschäftigten deutschen Arbeiter die Arbeitsbewilligung entzogen. Diese Arbeiter werden also aufs Pflaster geworfen und, da sie in der Schweiz keinerlei Unterstützung erhalten, nach Deutschland an die Stempelstellen getrieben. Für solche Arbeiter, die mit ihrer Familie auf Schweizer Gebiet wohnen, bedeuten die brutalen Maßnahmen der Schweizer kapitalistischen Behörden, daß sie sich von ihrer Familie trennen müssen oder der Obdachlosigkeit anheimfallen.

Der Zollkrieg verteuert nicht nur alle Lebensmittel in Deutschland, er wird in jeder Beziehung auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen.